

Research Note

Taiwans UN-Kampagne 2017: Kleine Schritte statt großer Sprung

Tobias Adam

Summary

As a result of its defeat in the Chinese civil war, the Guomindang government of the Republic of China, under the leadership of Chiang Kai-shek, was forced to retreat to Taiwan in 1949. Although the Republic of China was a founding member of the United Nations, occupying indeed a seat on the Security Council, the mainland's growing international recognition as well as the normalization of United States–China relations would eventually lead to the People's Republic of China taking over the “Chinese seat,” as sole representative of China, in the UN in 1971. In light of its international isolation, Taiwan thus launched several initiatives so as to increase its global participation. However, due to the PRC's opposition, Taiwan was not able to improve its status significantly. Now, in September 2017, Taiwan's ruling Democratic Progressive Party has begun a new campaign. According to the party's own claims, this campaign is following an innovative approach by formulating three distinct demands addressing both the UN and the international community at large. Additionally, Foreign Minister Lee Tawei published an op-ed article to gain greater attention worldwide. This article seeks to briefly explain last year's campaign, place it in the context of former initiatives, and to critically evaluate its prospects for success.

Keywords: Taiwan, P. R. China, Cross-Strait relations, diplomacy, United Nations, Agenda 2030, universality, sovereignty

Tobias Adam ist Doktorand im Fachbereich „Moderne China-Studien“ am Ostasiatischen Seminar der Universität zu Köln. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in der chinesischen Außenpolitikanalyse sowie in den Theorien der Internationalen Beziehungen.

Einleitung

In Folge des Sieges der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg (1945-1949) flohen die Nationalisten um Chiang Kai-shek nach Taiwan.¹ Als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen im Jahr 1945 (Copper 2013: 214) besetzte die Guomindang-Regierung (GMD) noch bis zum Jahr 1971 den „chinesischen Sitz“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN), den man jedoch in Folge der Annäherung zwischen der Volksrepublik China (VR China) und den Vereinigten Staaten (USA) sowie der zunehmenden diplomatischen Isolation Taiwans an die kommunistische Regierung in Peking verlor (Schubert 2014: 370). Seit dem Wechsel der chinesischen Repräsentanz sank die Unterstützung Taiwans durch diplomatische Verbündete drastisch, ebenso seine Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten in der UN und ihren Unterorganisationen, die auf Grund des Ein-China-Prinzips von der Zustimmung Pekings abhängig sind (Lindemann 2014: 69-70).² Alle Anträge Taiwans auf Partizipation bzw. Neubewertung der Resolution 2758 scheiterten bis zum heutigen Tage (Copper 2013: 216). So nutzte Taiwan zwischen 1993 und 2006 jährlich die verbliebenen diplomatischen Verbündeten als Sprachrohr, um seine Anträge in die Generalversammlung einzubringen; damit umging man das formale Ersuchen um Mitgliedschaft, das der Zustimmung des Sicherheitsrates bedarf und somit durch China geblockt worden wäre (Lindemann 2014: 256-258). Eingang in die Agenda fanden diese Versuch jedoch nicht; sie wurden stets durch das Generalkomitee der UN im Voraus abgeblockt (Sehnáková und Kučera 2012: 160-163). All diese Bemühungen sahen eine Teilnahme Taiwans unter verschiedenen Namen und mit einem unterschiedlichen Maß an Teilhabemöglichkeiten vor.³ Ein offizieller, wenn auch erneut vergeblicher Antrag auf formelle Wiederaufnahme als Vollmitglied unter dem Namen „Taiwan“ wurde erst im Jahr 2007 unter Präsident Chen Shui-bian (Demokratische Fortschrittspartei; DPP) eingereicht.⁴ Im Jahr 2008 wollte man dem Volk in einem Referendum die Entscheidung über einen neuerlichen Antrag dieser Art überlassen. Im Lichte der anstehenden Präsidentschaftswahlen stellten dabei sowohl die GMD als auch die DPP jeweils eigene Referenden mit unterschiedlichen Akzentuierungen zur Wahl;

-
- 1 Mit „Taiwan“ ist die Republik China gemeint. Die Bezeichnung „China“ wird sich im Folgenden auf die Volksrepublik beziehen.
 - 2 Ein Ausschluss aus der UN ist auf Grundlage Artikel 6 der Charta der Vereinten Nationen nur dann möglich, wenn ein Mitglied „[...] die Grundsätze d[ies]er Charta beharrlich verletzt“ (Charta der Vereinten Nationen von 1946; einsehbar u. a. in Randelzhofer 2007). Dieser Logik folgend ist es durchaus stringent, China als Mitgliedsstaat der UN nur einmal für das Jahr 1945 auszuzeichnen (z. B. in Furtak 2015: 56).
 - 3 Zur Ausarbeitung des tatsächlichen Umfangs der Partizipation schlug die taiwanische Seite vor, Arbeitskomitees bzw. -gruppen einzusetzen (Lindemann 2014: 258).
 - 4 Im Gegensatz zur GMD verfolgt die DPP deutlich konkretere Unabhängigkeitsbestrebungen (Copper 2013: 134-136; Schubert 2014: 390).

beide Referenden scheiterten jedoch (Winkler 2012).⁵ Nachdem Taiwan als Beobachter in der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHA) zugelassen worden war, konzentrierte sich GMD-Präsident Ma Ying-jeou unter der Überschrift „meaningful participation“ in Abgrenzung zur DPP darauf, Taiwans Teilhabe an UN-Sonderorganisationen wie der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) oder dem Klimarahmenabkommen der Vereinten Nationen (UNFCCC) auszuweiten (Winkler 2012; The Economist 2009). Für diese bedürfe es – nach eigener Aussage – nicht der Feststellung der Souveränität, die Taiwan ohnehin von der großen Mehrheit der internationalen Gemeinschaft auf Grundlage der Ein-China-Politik abgesprochen wird (Taipei Times 2017; Lindemann 2014: 17).⁶ Die diplomatischen Verbündeten kritisierten zwar in der Generaldebatte der UN weiterhin die internationale Isolation Taiwans (UN General Debate Archive 2017); offizielle Anträge zur Ergänzung der Agenda zur Diskussion im Rahmen der Generalversammlung wurden zwischen 2009 und 2016 jedoch nicht mehr eingereicht (UN Dokumentenarchiv 2017; Lindemann 2014: 259).⁷

Taiwans aktuelle Kampagne zur Teilhabe innerhalb der UN

In diese Reihe fügt sich nun eine weitere Initiative des taiwanischen Außenministeriums (MOFA) zur Ausweitung der Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten Taiwans in der UN bzw. ihrer Sonderorganisationen aus dem September 2017 ein. Im Kern stellt Taipei dabei drei konkrete Forderungen an die UN. Zum einen solle die UN auf Grundlage des Prinzips der Universalität Maßnahmen ergreifen, um einen verbesserten Zugang für die Bevölkerung Taiwans zum UN-System zu schaffen, um transnationalen Problemen und globalen Herausforderungen angemessen begegnen zu können. Damit einhergehend fordert man eine neutrale Haltung des Generalsekretärs sowie den Zugang taiwanischer StaatsbürgerInnen zu Treffen und Veranstaltungen der UN und ihrer Unterorganisationen.⁸ Drittens strebt man eine engere Einbindung in die Agenda 2030 sowie der damit verbundenen sustainable development goals (SDGs) an (MOFA 2017a).⁹ Laut Vize-Außenminister Paul Chang sei dies das wichtigste Ziel der diesjährigen Kampagne

5 Stattdessen kehrte man zur vorhergegangenen Praxis zurück und brachte seinen Antrag 2008 über diplomatische Verbündete in die Generalversammlung ein (Glaser 2013: 9; Lindemann 2014: 259).

6 Diesen Ansatz kann man durchaus in der Tradition der „flexiblen Diplomatie“ Lee Deng-huis sehen (Lindemann 2014: 74-75).

7 Es wird angenommen, dass die Sicherung des gerade gewonnenen Beobachterstatus in der WHA ein Grund für die vergleichsweise zurückhaltende Politik Mas ist (Glaser 2013: 9).

8 In der Vergangenheit war es taiwanischen StaatsbürgerInnen auf Druck Chinas vermehrt nicht möglich, mit ihrem Pass Einlass zu Treffen der UN zu bekommen. Einen Überblick über kürzlich erfolgte Ausschlüsse bieten die Seiten des taiwanischen Außenministeriums (MOFA 2017b).

9 Unter der Überschrift der Agenda 2030 bzw. der SDGs hat die internationale Staatengemeinschaft zum siebzigjährigen Bestehen der UN im Jahr 2015 insgesamt 17 Hauptziele („targets“) sowie 169 Unterkategorien („goals“) formuliert. Sie knüpfen direkt an die „Millennium Development Goals“ (MDGs) an (United Nations 2015).

(Taipei Times 2017). Dass die Initiative mit der 72. Generalversammlung bzw. der Hauptdebatte vom 19. bis zum 25. September 2017 zusammenfiel, ist wohl weniger Zufall als vielmehr ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Teil der Strategie, sich und seinen Anliegen Gehör zu verschaffen.¹⁰ Zusätzlich wurde ein gemeinsamer Brief, unterzeichnet von 12 der insgesamt 20 verbliebenen diplomatischen Verbündeten Taiwans, an Generalsekretär António Guterres mit der Bitte übergeben, den oben genannten Forderungen nachzukommen (MOFA 2017a). Wie in der Vergangenheit demonstrierten darüber hinaus Auslands-TaiwanerInnen in New York und zogen vom Konsulat der VR China bis kurz vor den UN-Hauptsitz, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nach Angaben war die Veranstaltung mit ca. 500 TeilnehmerInnen in diesem Jahr größer als in den Jahren zuvor. Unter ihnen befand sich auch Lily L. W. Hsu, Generaldirektorin des Taipeier Büros für Wirtschaft und Kultur in New York (Fuchs 2017).¹¹ Eben dieses organisierte zudem ein internationales Seminar, an dem auch Lee Ying-yuan, der Minister für Umweltschutz, teilnahm. In New York stellte Lee zudem erstmals einen freiwilligen Review-Bericht zum derzeitigen Status und zur zukünftigen Umsetzung der SDGs durch Taiwan vor (Lin 2017). Zwecks internationaler Verbreitung fasste Außenminister Lee Tawei zudem die einzelnen Punkte im Gastkommentar „Taiwan, a Valuable Partner for SDGs — True Universality“ zusammen (Lee 2017). Unter dem Titel „Taiwan: A Partner for a Better World“ veröffentlichte man zudem einen illustrierenden Image-Film (Trending Taiwan 2017). Vize-Außenminister Chang Wen-liang hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Formulierung konkreter Forderungen eine Neuerung gegenüber dem letzten Jahr bedeute (Huang 2017).

Taipei fordert Einhaltung der UN-Prinzipien

Übergreifend ruht die Kampagne auf drei großen, miteinander verbundenen Argumentationssträngen. Erstens führt die taiwanische Seite an, dass die UN als eine Vereinigung der Menschen bzw. der Völker konzipiert ist und eben diesen auch dienen muss. Die diesjährige Initiative unterstreicht diesen Grundsatz, indem sie mehrmals auf die Bevölkerung Taiwans („the 23 million people of Taiwan“) rekurriert und sie als Leidtragende der defizitären Situation ins Zentrum stellt (MOFA 2017a). Mit dieser Akzentuierung versucht man, den Fokus von Taiwan als politischem Akteur und somit von der Souveränitätsfrage, die nach wie vor das zentrale Hindernis bei der internationalen Partizipationsmöglichkeit Taipeis ist, wegzubewegen (Lindemann 2014: 19). Bei der Forderung nach Zugang zu Treffen

10 In der Mitteilung des Außenministeriums wird unschuldig das Wort „coincides“ verwendet (MOFA 2017a).

11 In jenen Ländern, die keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Taipei unterhalten, wird Taiwan meist durch „Wirtschafts- und Kulturbüros“ bzw. „Vertretungen“ repräsentiert (MOFA 2017c).

und Veranstaltungen von UN-Sonderorganisationen sowie nach einer koordinierten Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Maßnahmen beruft sich Taiwan, zweitens, auf das UN-eigene Prinzip der Universalität.¹² Ergänzend dazu findet auch die Forderung, „niemanden zurückzulassen“ („leave no one behind“), Kernaussage der UN-Agenda 2030 und der SDGs (United Nations 2015), Eingang in die Kampagne (MOFA 2017a). Insbesondere im Kontext der Bemühungen um Teilnahme an der WHA soll dieser Grundsatz in Übereinstimmung mit den Inhalten der SDGs die legitimen Ansprüche Taiwans auf verbesserten Zugang zu medizinischer Versorgung und Präventivmaßnahmen stützen (MOHW und MOFA 2017). Deutlich direktere Worte findet Außenminister Lee in diesem Zusammenhang in seinem o. g. Artikel. Dort bezeichnet er den derzeitigen Zustand der Diskriminierung als Verstoß gegen die Menschenrechte (Lee 2017).¹³ Aus strategischer Sicht ist deutlich zu erkennen, dass die taiwanische Seite grundlegende Prinzipien der UN unter Verweis der Nichteinhaltung bzw. -beachtung aufgreift und in ihre Strategie einpflegt. Das allgemeine Verständnis, dass grenzüberschreitende Maßnahmen und Absprachen zur Erreichung der SDGs logisch bzw. zwingend notwendig sind, unterstützt die Argumentation dabei zusätzlich (Pendery 2017). Illustrierend nimmt Lee Bezug zur SARS-Pandemie aus dem Jahr 2002/03, als die regionale Kooperation und Koordination verzögert wurde und gerade Taiwan als Nicht-Mitglied der WHO vergleichsweise hohe Opferzahlen zu beklagen hatte (Glaser 2013: 3).¹⁴ Angesichts der drohenden Nicht-Einladung Taiwans zur WHA 2017 unterstrich Präsidentin Tsai im April auf Twitter abermals, „Taiwan should not be excluded from WHA this year for any reason. Health issues don't stop at border & Taiwan's role is impt to global health“ (Tsai 2017), und nahm somit den Tenor der UN-Kampagne vorweg.¹⁵ Die gleiche Logik gilt für die in den SDGs festgeschriebenen Arbeitsbereiche des Umwelt- oder Klimaschutzes sowie der damit einhergehenden

12 Diese Annahme kann durchaus aus der Präambel der UN-Charta herausgelesen werden: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, [...] (Charta der Vereinten Nationen von 1945; einsehbar u. a. in Ranzelzhofer 2007). Ausführliche Informationen zum Prinzip der Universalität u. a. in Hobe und Kimminich 2004.

13 Auch Artikel 2 der AEMR weist darauf hin, es dürfe „[...] keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung eines Landes oder Gebietes, [...] ohne Rücksicht darauf, ob es unabhängig ist [...] keine Selbstregierung besitzt oder irgendeiner anderen Beschränkung seiner Souveränität unterworfen ist (AEMR von 1948; einsehbar u. a. in Ranzelzhofer 2007).

14 Damals hatten Einwände Pekings gegen eine direkte Kommunikation zwischen der WHO und Taiwan eine effiziente und koordinierte Bekämpfung der Pandemie behindert. Das Beispiel SARS ist auch deshalb zu beachten, weil die Nicht-Mitgliedschaft Taiwans und die sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht nur unrühmliche Aufmerksamkeit, sondern in erster Linie auch Diskussionen hinsichtlich einer Doppelmithgliedschaft Taiwans und Chinas in der WHO befeuerten (Lindemann 2014: 18).

15 Taiwan wurde zur WHA 2017 nicht als Beobachter eingeladen (Deutsche Welle 2017b).

transnationalen Auswirkungen (Lee 2017).¹⁶ Dass dies nicht nur dem eigentlichen Ziel dient, durch Eingliederung in die SDGs Herausforderungen innerhalb internationaler Standards und koordinierter Abläufe zu begegnen, sondern gleichzeitig auch eine implizite Gleichordnung zwischen Taiwan und allen anderen souveränen Vertragspartnern sowie Mitgliedern herbeiführen soll, bedarf keiner gesonderten Erwähnung. Insgesamt baut Taiwan in einer normativ aufgeladenen Argumentation durch die Verwendung der UN-Prinzipien gegen eben diese selbst moralischen Druck auf; dieser wirkt sich besonders auf demokratische Staaten aus, die sich der Einhaltung der Menschenrechtsstandards verschrieben haben (Lindemann 2014: 257); dabei moniert Taiwan nicht nur die explizite Ausgrenzung (i. e. Diskriminierung), sondern gibt die in die Zukunft verlegte Bringschuld durch den Grundsatz, „niemanden zurückzulassen“, in direkter Weise an die UN und ihre Mitglieder weiter. Vor dem Hintergrund der De-facto-Unabhängigkeit sieht sich Taiwan nicht nur berechtigt, internationale Netzwerke bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme in Anspruch zu nehmen (Petzold 2007: 65); selbstbewusst gibt man mehr noch zu bedenken, dass die SDGs – zumindest im regionalen Kontext – ohne das Zutun Taiwans nicht zu erreichen sind. So heißt es im Wortlaut der Kampagne: „[...] only when the UN creates comprehensive partnerships with all relevant stakeholders including Taiwan can the SDGs be achieved by 2030 [...]“ (MOFA 2017a). Gleichzeitig – und dies leitet zum dritten Argumentationsstrang über – bekennt sich Taiwan als Partner aber auch zu der Verpflichtung, einen Beitrag im Rahmen der globalen Verantwortung zu leisten (Lee 2017). Dies geschieht im Kontext eines strategischen, proaktiven Handelns. Bereits in ihrer Einführungsrede kündigte Präsidentin Tsai in diesem Zusammenhang an: „We will proactively participate in international economic and trade cooperation and rule-making [...]. We will also not be absent on the prevention of global warming and climate change [...]“ (Tsai 2016). Diese Lesart spiegelt sich in der diesjährigen Kampagne wider: „Through international cooperation and development projects, Taiwan has long been involved in and implemented the Millennium Development Goals and SDGs [...]“ (MOFA 2017a). In diesem Zusammenhang hat Taiwan nach eigenen Angaben seit 1996 bereits sechs Milliarden US-Dollar in internationale medizinische und humanitäre Hilfe investiert (Lee 2017). Der sich daran anschließende Review-Prozess soll zudem zeigen, dass man eigene Qualitätssicherungsstandards implementiert hat, welche die Realisierung der SDGs – auch in Zukunft – sicherstellen sollen. In den Bereichen Krankenversicherung, Bildung oder Frauenrechte sieht Umweltminister Lee Taiwan bereits jetzt besser aufgestellt als einige

16 Taifune, extreme Temperaturschwankungen, Wassermangel und schlechte Luftqualität sind Probleme, welche die taiwanische Bevölkerung in immer stärkeren Ausmaß treffen. Trotz zahlreicher Versuche ist Taiwan vom UNCLIFF ausgeschlossen und konnte bis dato nur als Industrial Technology Research Institute als Beobachter teilnehmen (Biedermann 2017: 26-27; Glaser 2013: 24).

europäische Staaten oder die USA (Lin 2017). Hier werde man sich, so Außenminister Lee, auch ohne die formelle Einbindung in internationale Organisationen weiter engagiert einbringen (Lee 2017). Die grundsätzliche Einhaltung internationaler Standards soll somit unterstreichen, dass Taiwan de facto bereits jetzt als verlässlicher Partner aktiv zur Erreichung der SDGs beiträgt. Die Kosten für eine vertiefende Einbindung oder gar formelle Teilnahme in UN-Sonderorganisationen werden somit niedrig gehalten.¹⁷ Dieses Vorgehen bezieht sich jedoch nicht nur auf zukünftiges Handeln. So hält Taiwan unilateral die Standards der UNFCCC ein (Glaser 2013: 24); ein ähnliches Vorgehen wiederholt sich mit der Ratifizierung des UN-Zivil- bzw. Sozialpaktes im Bereich der Menschenrechte (Wang 2009). Bei der Verbreitung bat man seine verbliebenen diplomatischen Partner darum, das taiwanische Anliegen im Rahmen der Hauptdebatte vorzutragen. Dieser Bitte kamen insgesamt 15 der 20 diplomatischen Verbündeten nach und verwiesen auf Taiwans internationale Situation. Auch wenn sich die Redebeiträge in Art und Ausmaß der Kritik deutlich unterschieden, so wurde die grundlegende Argumentation Taiwans rund um das Prinzip der Universalität sowie der Grundsatz „niemanden zurückzulassen“ fortgeführt (UN General Debate 2017).¹⁸ Im Vergleich zum letzten Jahr wuchs der Zuspruch um zwei Nationen. Zudem blieb die Gruppe derer, die Taiwan auch 2016 nicht erwähnten, unverändert. Im Hinweis Wang Pei-lings, der Sprecherin des Außenministeriums, die Wortmeldungen in der Hauptdebatte stellten einen wichtigen außenpolitischen Indikator und Hebel dar und lägen im eigenen Ermessen der diplomatischen Partner, schwingt durchaus eine gewisse Zufriedenheit mit (Peng 2017; Xu 2017). Strategisch wichtig ist auch der Zeitpunkt der Kampagne. Denn mit dem in diesem Jahr vollzogenen Wechsel des Generalsekretärs an der Spitze der UN erhofft man sich, einen unvoreingenommenen Neuanfang unter Guterres anzustoßen (MOFA 2017a).¹⁹

17 Zur Erklärung der Kostenlogik internationaler Zusammenarbeit in den Internationalen Beziehungen sei auf die Theorie des Institutionalismus verwiesen (Overhaus und Schieder 2010).

18 Die Salomonen und Belize führten darüber hinaus das Recht auf Selbstbestimmung der Völker an. Es ist aber mehr als fraglich, wann und ob sich aus dem Selbstbestimmungsrecht tatsächlich ein Rechtsanspruch ableiten lässt (Petzold 2007: 125). Um einer wahllosen Zersplitterung vorzubeugen, besagt die Friendly Relations Declaration aus dem Jahr 1970 zudem, dass das Prinzip der Selbstbestimmung nicht zu einer Sezession führen darf, solange die Gleichberechtigung bzw. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen einer föderalistischen oder regionalen Organisation gewährt ist (Hobe und Kimminich 2004: 115). Selbst im speziellen Fall Taiwans würde das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ mit weitreichenden Autonomiezugeständnissen an Taiwan diesen Umstand im Sinne der chinesischen Strategie erfüllen (Heilmann und Schmidt 2014: 131). Aufgrund dieser Unsicherheit in der zwingenden Umsetzung bleibt das Selbstbestimmungsrecht in der diesjährigen Kampagne Taiwans unausgesprochen; in den ersten Kampagnen war das Selbstbestimmungsrecht noch eines der Hauptargumente (Lindemann 2014: 256).

19 Mit Ban Ki-moon hatte Taipei keinen wirklichen Fürsprecher. Im Rahmen des Antrags auf Mitgliedschaft Taiwans in der UN 2007 sagte Ban, auf Grundlage der Resolution 2758 sei Taiwan ein Teil Chinas; nach Kritik Taipeis, dies ginge aus der Resolution nicht hervor, relativierte er seine Aussage später (Cole 2011; Petzold 2007: 123).

Kampagne im Kern nichts Neues

Der Aufbau einer Pfadabhängigkeit mit sich wiederholenden, durchaus legitimen Forderungen nach vermehrter Teilhabe an UN-Unterorganisationen mit dem (freiwilligen) Angebot eines Beitrags Taiwans entbehrt keinesfalls eines gewissen Charmes. Zudem ist nicht zu unterschätzen, dass eine solche Initiative elementar wichtig dafür ist, den Diskurs um Taiwans Stellung und Rolle in der internationalen Gemeinschaft am Leben zu halten. Als grundlegende Neuerung präsentiert man dabei die konkrete Formulierung der drei Forderungen sowie die Publikation des Gastkommentars von Außenminister Lee (MOFA 2017a). Jedoch muss konstatiert werden, dass sich die Kampagne nicht substantiell von den vergangenen Versuchen unter der GMD unterscheidet (Taipei Times 2017, UDN 2017). Die Bevölkerung („the 23 million people of Taiwan“) unter Verweis auf den Grundsatz der Universalität ins Zentrum zu stellen, wurde auch schon in früheren Kampagnen vorgenommen (Lindemann 2014: 259). Dabei ist zu bedenken, dass die Präambel der UN-Charta in ihrem Wortlaut durchaus der taiwanischen Argumentation recht zu geben scheint und den Eindruck erweckt, die Vereinten Nationen seien eine Vereinigung der Völker – und nicht der Regierungen (Petzold 2007: 124-125). Der sich aus dem Prinzip der Universalität ableitende und von Taiwan erhoffte Prozess von einem „Völkerrecht der Staaten“ hin zu einem „Recht der Völker“ ist zudem bei weitem nicht abgeschlossen. Die durchaus nachvollziehbare politische Argumentation kann die völkerrechtliche Restriktion fehlender Souveränität, die durch China sowie zahlreiche UN-Mitglieder unter der Überschrift des Ein-China-Prinzips geteilt wird, nicht überwinden (Petzold 2007: 125-126).²⁰ Diplomatische Verbündete zu gewinnen, um für Taiwan in der Generalversammlung zu sprechen, ist ebenso wenig neu (UN Dokumentenarchiv 2017). Da auch 2016 so geschehen, ist die Überreichung der Forderungen in Form eines gemeinsamen Briefes durch diplomatische Verbündete an den UN-Generalsekretär nur als bedingt neu zu bewerten (Lü 2016). Wie weiter oben bereits beschrieben, ist auch die proaktive Einhaltung ein Pfad, den man beharrlich beschreitet. Überraschend ist dies jedoch nicht. Schon 2016 kündigte Außenminister Lee an, man strebe keine Vollmitgliedschaft in der UN an und wolle stattdessen die Politik unter dem Motto der „meaningful participation“ verfolgen. Auch wenn dies abgestritten wird, kann darin im Grunde die Fortführung der Strategie unter Ma in einem neuen Gewand gesehen werden (Kan 2016).

20 Auch wenn die Initiative keine volle Mitgliedschaft in der UN fordert, steht die VR dieser Argumentation entgegen, da jedwede Teilhabe, auch in Sonderorganisationen bzw. Intergovernmental Organizations (IGOs) Souveränität voraussetzt. Diese wird Taiwan auch Grundlage des Ein-China-Prinzips jedoch nicht zugesprochen (Permanent Mission of China to the United Nations 2017).

Taipeis schwieriger Spagat

Dass die diesjährige Kampagne keine großen Überraschungen aufweist, muss jedoch weiter kontextualisiert werden. Das taiwanische Außenministerium merkte in diesem Kontext an, die Herangehensweise Taiwans wurde nach Abwägung aller internationalen und nationalen Bedingungen sowie unter Berücksichtigung der derzeitigen Beziehungen mit dem Festland festgelegt (UDN 2017). Was zunächst wie eine politische Floskel klingt, trifft tatsächlich die spezielle Situation Taiwans und beschreibt die in die Praxis überführte Realität des Zwei-Ebenen-Spiels, in dem sich Taiwan zurechtfinden muss (Lindemann 2014: 17; Copper 2003: 185).²¹ Es ergibt sich ein für die Kampagne der DPP restriktives Zusammenspiel aus öffentlicher Meinung, dem Druck Pekings sowie der Haltung der UN.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Kampagne auch im Lichte innenpolitischer Konfigurationen zu bewerten. In einem polarisierten Parteiensystem ist es stets wichtig, eigene Themen und Programme zu haben, um auf diese Weise der Wählerschaft zu genügen.²² Das gilt erst recht in Taiwan, wo der internationale Status einen besonders wichtigen Platz in der Politik einnimmt. So bildete sich nach dem Ende des Kriegsrechts eine eigene taiwanische Identität heraus, die sich zwangsläufig auch in Erwartungen an die Politik auswirkt (Schubert 2014: 380). Laut Umfragen forderten in den letzten beiden Jahren mehr als 80% der Bevölkerung ein Beitrittsersuchen wie 2007 unter dem Namen „Taiwan“ (LTN 2016; Fuchs 2017). Die öffentliche Meinung in der politischen Agenda zu berücksichtigen entspricht dabei den herkömmlichen Mechanismen in Demokratien. So verwundert es kaum, dass sich die DPP nach außen nicht mit der bloßen Fortführung der Maßnahmen der Ma-Regierung begnügt, sondern die Bemühungen als originär eigene Kampagne darstellt, um auf diese Weise Legitimation und gleichzeitig Abgrenzung zur GMD zu generieren. Dies war auch beim Wechsel zu Ma 2008 nicht anders, als dieser versuchte, seine internationale Agenda unter der dem Schlagwort „meaningful participation“ zu programmatisieren (Winkler 2012). Den Unabhängigkeitsbefürwortern geht die aktuelle Kampagne indes nicht weit genug. Lediglich der formale Antrag auf Mitgliedschaft, wie unter Chen Shuibian 2007, würde in ihren Augen tatsächlich etwas bewirken (Deutsche Welle 2017a). Vor allem aber darf aus internationaler Perspektive nicht vergessen werden, dass es Peking ist, das sich einer vertieften Teilhabe innerhalb des UN-Systems durch die Einforderung des Ein-China-Prinzips als „gate-keeper“ entgegenstellt (Glaser 2013: 3-4; Petzold 2007: 120-121). Da sich die DPP bzw. Präsidentin Tsai nicht

21 Zur Logik der Verbindung von Außen- und Innenpolitik im sogenannten „Zwei-Ebenen-Spiel“ siehe u. a. Putnam 1988. Die Bedeutung der öffentlichen Meinung, die eine vermehrte Partizipation Taiwans in der UN forderte, ist dabei nicht zu unterschätzen und kann als Triebfeder der ersten Kampagnen – sowohl der GMD als auch der DPP – in den 90ern bewertet werden, gesellschaftliche Zustimmung zu generieren (Lindemann 2014: 256).

22 Dazu ausführlich u. a. Peters 2007 oder Vowe 2006.

eindeutig zum Konsens von 1992 bekannt hat, kommt erschwerend hinzu, dass die KPCh-Regierung die Kommunikation mit der DPP gekappt hat und Entgegenkommen bei der internationalen Partizipation Taiwans sehr unwahrscheinlich scheint (Hernandez 2016).²³ Für die Volksrepublik ist die Begrenzung des internationalen Bewegungsspielraums dagegen ein strategisch wichtiger Hebel, über den man Druck auf die DPP und gegen eine etwaige Unabhängigkeitsrhetorik ausüben kann. Tatsächlich begründete die chinesische Seite den Ausschluss Taiwans von der diesjährigen WHA mit dem fehlenden Bekenntnis zum Konsens von 1992 (Horton 2017).²⁴ Ähnliches gilt für die im Jahr 2017 stattfindende Versammlung der ICAO, zu der Taiwan ebenfalls nicht mehr eingeladen wurde (Sutton 2016).²⁵ Die Volksrepublik selbst erwähnte in der Hauptdebatte der Generalversammlung die Taiwanfrage nicht. Hervorzuheben ist jedoch, dass man ebenfalls den Grundsatz „niemanden zurückzulassen“ im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung sowie der Bekämpfung von Hunger und Armut verwendete.²⁶ Deutlich herausgestellt wurde jedoch, dass dies die Aufgabe der Mitgliedstaaten sei (Wang 2017). Aus strategischen Gründen ist es durchaus klug, den Grundsatz nicht der taiwanischen Interpretation zu überlassen, um auf diese Weise den Ausdruck und seine Implikationen selbst einzurahmen und Deutungshoheit zu erlangen (Bazil 2010: 3). Wesentlich deutlicher und für die taiwanische Seite ernüchternd war dagegen ein Brief des ständigen Vertreters Chinas bei der UN (Oktober 2017), in dem man Generalsekretär Guterres auffordert, Resolution 2758 sowie das Ein-China-Prinzip innerhalb der UN und – dies ist für Taiwan besonders relevant – ihrer Sonderorganisationen weiterhin durchzusetzen. Der Umstand, dass „eine kleine Zahl an Staaten die sogenannte Partizipation Taiwans in der UN und ihren Sonderorganisationen“ fordern, ist aus chinesischer Sicht nicht hinzunehmen (Permanent Mission of China to the United Nations 2017). Solche Briefe seitens Chinas sind nichts Neues, wurden von 2009 bis 2016 während der Regierungszeit Ma Ying-jeous jedoch ausgesetzt (UN Dokumentenarchiv 2017).²⁷ Im Lichte der angespannten Beziehungen zwischen Peking und Taipei zieht China mit diesem Brief eine klare Grenze, die das Potential hat, die Bemühungen Taiwans zu ersti-

23 Der Konsens von 1992 basiert auf einem Treffen zwischen Vertretern der KPCh und der GMD 1992 in Hongkong und besagt, dass man sich einig sei, dass es nur ein China gebe, beide Seiten aber diesbezüglich unterschiedliche Interpretationen hätten (Heilmann und Schmidt 2014: 130).

24 Dies deutete sich bereits kurz nach der Wahl Tsais (2016) an, als die Einladung Taiwans zur WHA u. a. durch Verweise auf die Resolution 2758 sowie auf das Ein-China-Prinzip ergänzt worden waren (Van der Wees 2016).

25 Im Vergleich dazu hat der damalige chinesische Präsident Hu Jintao zu Beginn der Ma-Regierung Gesprächsbereitschaft hinsichtlich eines taiwanischen Beobachterstatus in der WHA signalisiert (Winkler 2012).

26 Chin.: Bù ràng yīgè rén diào duì 不让一个人掉队.

27 Dies hat sicherlich mit den verbesserten Beziehungen zwischen der Ma-Regierung und Peking zu tun (Winkler 2012; Glaser 2013: 9).

cken.²⁸ In der Logik des Ein-China-Prinzips argumentiert die chinesische Seite, dass es die Aufgabe Pekings sei, sich um das Wohlbefinden und die Sicherheit der taiwanischen Bevölkerung zu kümmern, und sucht dadurch wohl den Vorwurf zu entkräften, die Bevölkerung Taiwans sei vom UN-System ausgeschlossen (Permanent Mission of China to the United Nations 2017). Die nüchterne Forderung nach Umsetzung der UN-Resolution 2758 sowie des Ein-China-Prinzips wirkt wie ein schweres, realpolitisches Vorhängeschloss, das nicht nur Taiwan, sondern auch allen anderen Nationen vor Augen führt, dass schlussendlich China entscheidet, in welchem Ausmaß Taiwan international mitwirken darf (Petzold 2007: 120-121).²⁹ Dieser Umstand trifft nicht nur auf die diesjährige Initiative zu, sondern bildet den restriktiven und scheinbar unveränderlichen Rahmen aller bisherigen Vorstöße.

Fazit

Vor diesem Hintergrund dürfen insgesamt nicht allzu große Erwartungen an die diesjährige UN-Kampagne Taiwans gestellt werden. Dies wäre aber auch vermissen, bedenkt man die restriktiven Rahmenbedingungen, innerhalb der besonders die angespannten Beziehungen zwischen der DPP und Peking belastend wirken. Der geforderte Zugang zu UN-Gebäuden und -Treffen, so banal dies klingen mag, ist ein erster, jedoch grundlegender Schritt, um sich im Austausch mit der internationalen Gemeinschaft tatsächlich einbringen zu können. Die Forderungen knüpfen inhaltlich, und dies ist in keiner Weise ein negativer Aspekt, an jene früherer Tage an und entwickeln eine durchaus überzeugende Argumentationslogik. Dass die DPP die Initiative dennoch als Neuerung deklariert, ist dabei wohl in großen Teilen dem Rechtfertigungsdruck gegenüber der Gesellschaft geschuldet, die klare Schritte hinsichtlich einer verstärkten UN-Partizipation erwartet. Dem gegenüber steht jedoch eine Pekinger Führung, welche die generelle politische Verortung der DPP als vermeintliche Partei der Unabhängigkeit äußerst kritisch betrachtet. Peking stellt daher über die Einforderung der Einhaltung des Ein-China-Prinzips sowie der UN-Resolution 2758 unmissverständlich klar, dass Taiwan seinen internationalen Handlungsspielraum nur über die Zustimmung der Volksrepublik erweitern kann. Diese klare Grenzziehung hat die chinesische Seite nicht nur im Brief an den UN-Generalsekretär zementiert, sondern sie manifestiert sich zudem in der Tatsache, dass Taiwan auf Druck Pekings weder zur diesjährigen WHA noch zum Treffen der ICAO eingeladen wurde. Der große Sprung Taiwans in die internationale

28 Und dies, obwohl ein Kippen der diplomatischen Anerkennung zugunsten Taiwans über die Teilhabe in UN-Sonderorganisationen sehr unwahrscheinlich scheint. Zu groß ist das wirtschaftliche und politische Gewicht Chinas. Aber auch für China ist es durchaus ein Drahtseilakt: Zum einen ist es notwendig, Vertrauen zur Politik und den Menschen in Taiwan aufzubauen, ohne dabei die Alleinvertretung Pekings zu gefährden (Glaser 2013: 4-5).

29 1995 sagte der damalige Präsident Jiang Zemin zu, es stehe Taiwan zwar frei, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen anderen Nationen aufzubauen; diese müssten jedoch auf nichtstaatlicher Ebene angesiedelt sein und dürften das Ein-China-Prinzip nicht verletzen (Glaser 2013: 4).

Arena ist demnach nicht zu erwarten; vielmehr versucht die sehr maßvolle Initiative den schwierigen Spagat, einen Konfrontationskurs mit Peking zu vermeiden und dabei gleichzeitig – zumindest in Ansätzen – der öffentlichen Meinung gerecht zu werden.

Literatur

- Bazil, Vazrik (2010): „Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ)*, 8: 3–6
- Biedermann, Reinhard (2017): „Taiwan’s Polycentric Strategy Within the Environmental Regime Complex on Climate Change“, in: *Asien*, 143: 25–46
- Cole, Michael (2011): „UN Told to Drop ‘Taiwan is Part of China’: Cable“, in: *Taipei Times*, 6. September, <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2011/09/06/2003512568> (Aufruf: 21.11.2017)
- Copper, John F. (2013): *Taiwan. Nation-State or Province?* Boulder: Westview Press (6. Auflage)
- Deutsche Welle (2017a): „Minjindang wenhe tuidong rulian, dupai bu man“ (Unabhängigkeitsbewegung mit vorsichtiger UN-Kampagne der DPP nicht zufrieden), Deutsche Welle, 2. September, <http://www.dw.com/zh/%E6%B0%91%E8%BF%9B%E5%85%9A%E6%B8%A9%E5%92%8%E6%8E%A8%E5%8A%A8%E5%85%A5%E8%81%94%E7%8B%AC%E6%B4%BE%E4%B8%8D%E6%BB%A1/a-40336899?&zhongwen=simp> (Aufruf: 20.11.2017)
- Deutsche Welle (2017b): „WHO setzt Taiwan vor die Tür“, Deutsche Welle, 9. Mai, <http://www.dw.com/de/who-setzt-taiwan-vor-die-t%C3%BCr/a-38769749> (Aufruf: 04.12.2017)
- Fuchs, Chris (2017): „A Seat at the Table. The Goal of Full Representation is Alive and Strong as Hundreds Rally in New York Calling for Taiwan’s Inclusion in the UN“, in: *Taipei Times*, 21. September, <http://www.taipeitimes.com/News/feat/archives/2017/09/21/2003678836> (Aufruf: 27.11.2017)
- Furtak, Florian T. (2015): *Internationale Organisationen – Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik*. Wiesbaden: Springer VS
- Glaser, Bonnie S. (2013): *Taiwan’s Quest for Greater Participation in the International Community*. Lanham et al.: Rowman & Littlefield
- Heilmann, Sebastian; Schmidt, Dirk H. (2014): *China’s Foreign Political and Economic Relations. An Unconventional Global Power*. Lanham et al.: Rowman & Littlefield
- Hernandez, Javier C. (2016): „China Suspends Diplomatic Contact With Taiwan“, in: *New York Times*, 25. Juni, <https://www.nytimes.com/2016/06/26/world/asia/china-suspends-diplomatic-contact-with-taiwan.html> (Aufruf: 28.11.2017)
- Hobe, Stephan; Kimminich, Otto (2004): *Einführung in das Völkerrecht*. Tübingen: A. Francke (8. Auflage)
- Horton, Chris (2017): „Blocked by China, Taiwan Presses to Join U.N. Agency’s Meeting“, in: *The New York Times*, 8. Mai, <https://www.nytimes.com/2017/05/08/world/asia/taiwan-world-health-china.html> (Aufruf: 03.11.2017)
- Huang, Guo-liang (2017): „Zhihan lianda mishuzhang, youbang wei wo fasheng“ (Taiwan sendet Brief an den Generalsekretär der UN-Vollversammlung, diplomatische Verbündete sprechen für Taiwan), in: *United Daily News*, 12. September, <https://udn.com/news/story/7331/2696001> (Aufruf: 29.10.2017)
- Kan, Karoline (2016): „New Push for Taiwan’s Representation at the United Nations“, in: *The New York Times*, 8. September, <https://www.nytimes.com/2016/09/09/world/asia/china-taiwan-united-nations.html> (Aufruf: 03.11.2017)
- Lee, David Tawei (2017): „Taiwan, a Valuable Partner for SDGs – True Universality“, in: *Taiwan Today*, 5. September, <http://taiwantoday.tw/print.php?unit=2,6,10,15,18&post=120968> (Aufruf 16.11.2017)

- Lin, Chia-nan (2017): „Taiwan Delivers First Agenda 2030 Performance Review“, in: *Taipei Times*, 17. September, <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2017/09/17/2003678611> (Aufruf: 11. November 2017)
- Lindemann, Björn A. (2014): *Cross Strait Relations and International Organizations: Taiwan's Participation in IGOs in the Context of its Relationship with China*. Wiesbaden: Springer VS
- LTN (2016): „Zuixin mindiao: 84.8% minzhong zhichi taiwan jiaru linaheguo“ (Der neuesten Meinungsumfrage zufolge unterstützen 84.8% der Bevölkerung einen Beitritt Taiwans in die Vereinten Nationen), in: *Liberty Times Net*, 23. Juni, <http://news.ltn.com.tw/news/politics/breakingnews/1739546> (Aufruf: 05.12.2017)
- Lü, Yi-xuan (2016): „Wo jiang touguo youbang zhihan lianguo mishuzhang“ (Taiwan plant, mithilfe seiner diplomatischen Verbündeten einen Brief an den UN-Generalsekretär zu senden), in: *Liberty Times Net*, 13. September, <http://news.ltn.com.tw/news/focus/paper/1031521> (Aufruf: 03.12.2017)
- MOFA (2017a): „ROC Government Announces Details of 2017 Campaign for UN Participation“, 11. September, https://www.mofa.gov.tw/en/News_Content.aspx?n=1EADDCFD4C6EC567&sms=5B9044CF1188EE23&s=06B7728B2A8A0F1C (Aufruf: 12.10.2017)
- MOFA (2017b): „Instances of Mainland China's Interference with Taiwan's International Presence“, https://www.mofa.gov.tw/en/Content_List.aspx?n=218D65026C0F1D37 (Aufruf: 02.12.2017)
- MOFA (2017c): „Embassies & Missions“, <https://www.mofa.gov.tw/en/CountryAreaInfoEn.aspx?CASN=FB01D469347C76A7&n=5AFC4D64B1494D67&sms=A76B7230ADF29736> (Aufruf: 04.12.2017)
- MOHW und MOFA (2017): „World Health Security Needs Taiwan, Taiwan Needs the WHO“, <http://leavenoonebehind.com.tw/en/> (Aufruf: 20.11.2017)
- Overhaus, Marco; Schieder, Siegfried (2010): „Institutionalismus“, in: Masala, Carlo; Sauer, Frank; Wilhelm, Andreas (Hgg.): *Handbuch der internationalen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 117–134.
- Pendery, David (2017): „Taiwan and the UN: A Castle in Air“, in: *Taipei Times*, 13. Oktober, <http://www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2017/10/13/2003680234> (Aufruf: 03.12.2017)
- Peng, Wan-xin (2017): „Lianda zongbianlun luomu. 15 youbang titai fasheng“ (Die Hauptdebatte der UN-Generalversammlung ist zu Ende, 15 diplomatische Verbündete erhoben ihre Stimme für Taiwan), in: *United Daily News*, 26. September, <http://news.ltn.com.tw/news/politics/breakingnews/2204731> (Aufruf: 02.12.2017)
- Permanent Mission of China to the United Nations (2017): „Letter Dated 9 October 2017 from the Chargé d'Affaires a.i. of the Permanent Mission of China to the United Nations Addressed to the Secretary-General“, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N17/326/42/pdf/N1732642.pdf?OpenElement> (Aufruf: 23.11.2017)
- Peters, Dirk (2007): „Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse“, in: Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard (Hgg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 815–835
- Petzold, Claudius (2007): *Der völkerrechtliche Status Taiwans*. Baden-Baden: Nomos
- Putnam, Robert D. (1988): „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games“, in: *International Organization*, 42.3: 427–460
- Randelzhofer, Albrecht (2007): *Völkerrechtliche Verträge*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (11. Auflage)
- Schubert, Gunter (2014): Taiwan: Geschichte, politisches System und das Verhältnis zu China, in: Fischer, Doris; Müller-Hofstede, Christoph (Hgg.): *Länderbericht China*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 355–392
- Sehnálková, Jana; Kučera, Ondřej (2012): „Taiwan's Participation in International Organizations: Obstacles, Strategies, Patterns?“, in: Damm, Jens; Lim, Paul (Hgg.): *European Perspectives on Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 147–169
- Sutton, David (2016): „International Civil Aviation Organization Shuts out Taiwan“, in: *The Diplomat*, 27. September, <https://thediplomat.com/2016/09/international-civil-aviation-organization-shuts-out-taiwan/> (Aufruf 22.11.2017)

- Taipei Times (2017): „Taiwan to Urge Greater UN Participation“, in: *Taipei Times*, 12. September, <http://www.taipetimes.com/News/taiwan/archives/2017/09/12/2003678293> (Aufruf: 03.11.2017)
- The Economist (2009): „Not Even Asking“, in: *The Economist*, 24. September, <http://www.economist.com/node/14506556> (Aufruf: 24.09.2017)
- Trending Taiwan (2017): „Taiwan: A Partner for a Better World“, <https://www.youtube.com/watch?v=lapVhuVvz20> (Aufruf: 03.12.2017)
- Tsai, Ing-wen (2016): „Full Text of President Tsai's Inaugural Address“, in: *Focus Taiwan*, 20. Mai, <http://focustaiwan.tw/news/aip/201605200008.aspx> (Aufruf: 04.11.2017)
- Tsai, Ing-wen (2017): Twitter-Eintrag ohne Titel, 29. April, <https://twitter.com/iingwen/status/858267574328360960> (Aufruf: 02.11.2017)
- UDN (2017): „Waijiaobu: Lianheguo dahui tui'an, canzhuo geyinsu zizhu jue ding“ (Laut Außenministerium müssen beim Vorstoß in der UN-Generalversammlung alle Faktoren berücksichtigt werden, um eigenständig zu entscheiden), in: *United Daily News*, 11. September, <https://udn.com/news/story/6656/2695266> (Aufruf: 02.12.2017)
- United Nations (2015): „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“, <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld> (Aufruf: 30.11.2017)
- UN General Debate (2017): „General Debate: 19-25 September 2017“, <https://gadebate.un.org/en> (Aufruf 17.11.2017)
- UN General Debate Archive (2017): „Past General Assembly Debates“, <https://gadebate.un.org/en/sessions-archive> (Aufruf: 22.11.2017)
- UN Dokumentenarchiv (2017): „Elektronisches Dokumentenarchiv“, <https://documents.un.org/prod/ods.nsf/home.xsp> (Aufruf: 25.11.2017)
- Van der Wees, Gerrit (2016): „Taiwan and the World Health Assembly. Taiwan Finally Receives Its Invite to the WHA – With Several Strings Attached“, in: *The Diplomat*, 10. Mai, <https://thediplomat.com/2016/05/taiwan-and-the-world-health-assembly/> (Aufruf: 22.11.2017)
- Vowe, Gerhard (2006): „Politische Kommunikation“, in: Münkler, Herfried (Hgg.): *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*. Reinbek: Rowohlt, 519–552
- Wang, Flora (2009): „Legislature Ratifies UN Rights Treaties“, in: *Taipei Times*, 1. April, <http://www.taipetimes.com/News/taiwan/archives/2009/04/01/2003439900> (Aufruf: 02.12.2017)
- Wang, Yi (2017): „Renren dei xiangyou heping yu fazhan“ (Alle Menschen müssen in den Genuss von Frieden und Entwicklung kommen), https://gadebate.un.org/sites/default/files/gastatements/72/zh_zh.pdf (Aufruf: 05.11.2017)
- Winkler, Sigrid (2012): „Taiwan's UN Dilemma: To Be or Not To Be“, <https://www.brookings.edu/opinions/taiwans-un-dilemma-to-be-or-not-to-be/> (Aufruf: 03.11.2017)
- Xu, Wei-zhen (2017): „Lianda bianlun jin luomu, 15 youbang fayan ting taiwan“ (Die Hauptdebatte der Generalversammlung ist zu Ende, 15 diplomatische Verbündete unterstützten Taiwan) in: *United Daily News*, 26. September, https://udn.com/news/story/6656/2723448?from=udn-catelistsnews_ch2 (Aufruf: 29.11.2017)